Deutscher Bundestag **Drucksache 16/12267**

16. Wahlperiode 17. 03. 2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Dr. Edmund Peter Geisen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/10322 –

Schutz der Bienenvölker sicherstellen

A. Problem

Honigbienen sind in Deutschland weit verbreitete Haustiere, deren Haltung eine lange Tradition hat. Trotz unverminderter Nachfrage nach Honig nimmt die Zahl der Bienenvölker und auch die Zahl der Imker kontinuierlich ab. Bienen genießen eine hohe Wertschätzung. Ihr Schutz ist vielen Menschen ein Anliegen. Bienen werden gebraucht zur Bestäubung der insektenblütigen Pflanzen und zur Produktion von Honig. Für den Schutz der Bienen ist entscheidend, genau zu wissen, wodurch sie gefährdet sind. Nur eine sorgfältige Ursachenforschung ermöglicht eine Identifizierung und ein möglichst weitgehendes Abstellen bienengefährdender Umweltfaktoren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/10322 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken Vorsitzende	**Dr. Max Lehmer** Berichterstatter	**Dr. Wilhelm Priesmeier** Berichterstatter	**Dr. Christel Happach-Kasan** Berichterstatterin
	Dr. Kirsten Tackmann Berichterstatterin	**Cornelia Behm** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Dr. Max Lehmer, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/10322** in seiner 200. Sitzung am 22. Januar 2009 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Honigbienen sind in Deutschland weit verbreitete Haustiere, deren Haltung eine lange Tradition hat. Trotz unverminderter Nachfrage nach Honig nimmt die Zahl der Bienenvölker und auch die Zahl der Imker kontinuierlich ab. Nur etwa 20 Prozent des in Deutschland verkauften Honigs stammt aus deutscher Produktion. 1960 wurden in Deutschland noch 1,4 Millionen Bienenvölker gezählt. Inzwischen ist deren Anzahl auf etwa die Hälfte gesunken.

Bienen genießen eine hohe Wertschätzung. Ihr Schutz ist vielen Menschen ein Anliegen. Bienen werden gebraucht zur Bestäubung der insektenblütigen Pflanzen und zur Produktion von Honig. Für den Schutz der Bienen ist entscheidend, genau zu wissen, wodurch sie gefährdet sind. Nur eine sorgfältige Ursachenforschung ermöglicht eine Identifizierung und ein möglichst weitgehendes Abstellen bienengefährdender Umweltfaktoren. Beispielgebend hierfür ist die konzentrierte und gemeinsame Vorgehensweise zur Bekämpfung der Varroose im Rahmen des bundesweiten Bienenmonitoring. Die Varroa-Milbe stellt das entscheidende Problem bei der Bienenhaltung dar.

Ferner zeigt der Vorfall der Schädigung von Bienen im Zusammenhang mit der Aussaat von mit dem Insektizid Clothianidin gebeiztem Maissaatgut mit pneumatischen Sämaschinen, dass Beizmittel, Haftmittel und der Typ der verwendeten Sämaschine gemeinsam geprüft werden müssen.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen aufgefordert werden,

– das von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung geförderte Verbundprojekt zur Verbesserung der imkerlichen Betriebsweise zur besseren Varroa-Bekämpfung zum Schutz vor Völkerverlusten um weitere Aspekte der Bienenvolkgesundheit zu erweitern sowie das Projekt mit dem Bienenmonitoring zu verknüpfen und weitere Fragestellungen in das Bienenmonitoring – wie Pollenuntersuchungen zur Feststellung der von Bienen aufgesuchten Trachtpflanzen – einzubeziehen;

– die Entwicklung innovativer und effektiver Verfahren zur Varroa-Bekämpfung, wie z. B. die Entwicklung eines Verfahrens zur Impfung der Bienen gegen die Varroa, zu fördern;

– die konsequente Bekämpfung der Varroose durch alle Imker zu unterstützen und die Information der Imker über eine optimierte Varroa-Bekämpfung durch Ausbildung und Beratung zu verbessern;

– die Zulassungsverfahren von Insektiziden mit dem Ziel zu überprüfen, die Methodik der Anwendung bienengefährdender Pflanzenschutzmittel auf die sichere Vermeidung der Gefährdung von Bienenvölkern u. a. durch die Einbeziehung der Sensitivität von Bienenbrut in die Prüfverfahren und anderen Nichtzielorganismen auszurichten;

– Qualitätskontrollen für gebeiztes Saatgut einzuführen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/10322 in seiner 80. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/10322 in seiner 97. Sitzung am 11. Februar 2009 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erläuterte, der vorliegende Antrag enthalte eine Reihe wichtiger und substanzieller Forderungen und Maßnahmen. Deren Abgleich mit den laufenden diesbezüglichen Aktivitäten, insbesondere auch zur Bienenforschung, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie seiner angeschlossenen Institutionen habe keine Defizite seitens der Bundesregierung erkennen lassen. Effektivste Maßnahmen im umfassenden Sinne seien bereits ergriffen. Daher sei der vorliegende Antrag gegenstandslos.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die geschilderten Verluste und Schädigungen von Bienenvölkern seien für die Perspektiven der Imkerei nicht das wesentliche Problem. Dies seien vielmehr die Altersstruktur und der Nachwuchsmangel. Die bisherigen Ansätze zur Bekämpfung des hohen Verlusts von Bienenvölkern, etwa die Zucht von varroatoleranten Bienen, seien weniger erfolgversprechend. Vielmehr müsse auf den Bereich der Förderung der Imkerei ein größeres Augenmerk gelegt werden. Die gegenwärtigen Anreizstrukturen seien relativ gering. Ferner gebe es eine Vielzahl von Umweltfaktoren, etwa Starkstromleitungen, die in irgendeiner Form Auswirkungen auf Bienenvölker hätten. In diesem Bereich sei ebenfalls Forschungsbedarf gegeben. Zudem wäre es hilfreich, sämtliche Forschungsaktivitäten auch anderer Länder zusammenzuführen. Der vorliegende Antrag sei nicht schlecht. Jedoch verharmlose dieser die Entwicklungen in einigen Gebieten. Daher stimme man dem Antrag nicht zu.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die in den vergangenen Jahren zu verzeichnenden Verluste und Schädigungen von Bienenvölkern führten zu dem vorliegenden Antrag. Ziel sei es, den Schutz von Bienenvölkern zukünftig besser sicherstellen zu können. Die u. a. geforderte Einführung von Qualitätskontrollen für gebeiztes Saatgut habe die Bundesregierung zwischenzeitlich realisiert. Ferner gingen die Verlängerung der Förderung der Bienenforschung und die Fortführung des Bienenmonitorings seitens der Bundesregierung in die richtige Richtung. Dennoch seien diese Maßnahmen um weitere zu ergänzen. Im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln müsse auch deren Wirkung auf ein Bienenvolk und insbesondere auf die junge Biene mitgeprüft werden. Zudem sei eine stärkere Kontrolle von Bienenimporten erforderlich, weil die Varroose auch heute noch einer der stärksten Bedrohungen für Bienenvölker darstelle. Die Bekämpfung dieser Erkrankung erfordere zudem die weitere Entwicklung innovativer und effektiver Verfahren. Ferner sei eine Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Imkerei notwendig. Imker müssten akzeptieren, dass Pflanzenschutz notwendig sei. Im Gegenzug müssten sich Landwirte an die Bestimmungen der Pflanzenschutzmittelgesetzgebung minutiös halten, um Bienen nicht zu gefährden. Man bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, die Probleme in der Imkerei und der gesamten Branche seien vielfältig und drängend. Daher bedauere man das Nichtzustandekommen einer diesbezüglichen Anhörung. Zwar enthalte der in Rede stehende Antrag eine Reihe von richtigen Problemdarstellungen und Forderungen. Dennoch gehe dieser aus ihrer Sicht nicht in dem erforderlichen Maße auf wichtige Probleme ein. Fraglich sei etwa, ob die Strategie zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers mittels gentechnisch veränderter Organismen (GVO) die richtige sei. Ferner gehe man mit dem Thema Pflanzenschutzmittel zu leichtfertig um. Kritisch sei, dass im wichtigen Bereich Bienenforschung möglicherweise eine sehr große Nähe zur Industrie bestehe. Daher sei zweifelhaft, ob eine unabhängige Prüfung von bestimmten Effekten, etwa im Zusammenhang mit GVO oder Pflanzenschutzmitteln, gegeben sei. Daher lehne man den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkte, zu dieser wichtigen Thematik hätte eine Anhörung stattfinden müssen. Der vorliegende Antrag sei für die Imker ein Schlag ins Gesicht. Er hebe lediglich und zudem nicht umfassend auf die Problematik im Zusammenhang mit Schädlingen ab. Er ignoriere gänzlich die Gefährdung der Imkerei durch Pflanzenschutzmittel und Agrogentechnik. Die in diesem Zusammenhang u. a. diskutierten Abstandsregelungen seien nicht ausreichend. Vielmehr würden größere Areale benötigt. Ferner sei die Darstellung der Vorfälle im Zusammenhang mit Clothianidin als Unfall skandalös. Die mündlichen Ausführungen zur Bienenforschung seien unterstützenswert. Diese seien allerdings nicht im Antrag enthalten. Der vorliegende Antrag gehe den Problemen nicht auf den Grund. Daher lehne man diesen ab.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den Antrag auf Drucksache 16/10322 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333